

Auf dem gesamten Campus sind in der Woche mehrere Wahllokale eingerichtet, an denen ihr unter Vorlage eures Studierendenausweises wählen könnt.

Unmittelbar vor und in der Wahlwoche werden euch die kandidierenden Listen auf die Wahl aufmerksam machen und euch versuchen mit Info-Ständen und Plakaten von ihren Inhalten zu überzeugen.

Auch wir als AStA für Alle treten dieses Jahr wieder für den SR und den AS an. Bei beiden Wahlen haben wir den Listenplatz 3 zugelost bekommen. Bereits jetzt könnt ihr euch über unsere Positionen auf Instagram oder auf unserer Website informieren.

Im Zentrum unserer Forderungen steht seit Jahren der Bau weiterer Studieren-

denwohnungen mit erschwinglichen Mieten und eine BAföG-Reform hin zu einem elternunabhängigen und auskömmlichen BAföG. Dazu treffen wir uns regelmäßig mit Entscheidungsträger*innen aus der Politik oder Hochschullandschaft. Zudem sind wir bestens mit linken Hochschulgruppen im gesamten Bundesgebiet vernetzt, um gemeinsam ein starkes Sprachrohr der Studierenden zu bilden und Forderungen auf Bundesebene mit Nachdruck vertreten zu können.

Zusätzlich wollen wir eine andere Prioritätensetzung im AStA erreichen. Es sollen wieder mehr Gelder für studentische Projekte zur Verfügung stehen, die zentralen Probleme der Studierenden behandelt werden und die Kommunikation und Transparenz verbessert werden.

Das muss sich noch ändern! – eure Anregungen

Was würdet ihr gerne an der Uni verändern? Habt ihr Anregungen für die Hochschulpolitik? Über den QR-Code kommt ihr zu einem Kontaktfeld auf unserer Website (alternativ: asta-fuer-alle.de/umfrage-hopo), dort könnt ihr uns euer Anliegen

mitteilen. Bei Bedarf nehmen wir dann Kontakt mit euch auf und werden uns für die Umsetzung des Anliegens einsetzen.



Wir treffen uns jeden zweiten Montag. **Komm gerne vorbei** und tritt mit uns gemeinsam für studentische Interessen ein! **Melde dich bei uns!**

Website
asta-fuer-alle.de
E-Mail
info@asta-fuer-alle.de



Besuche unser Insta



Der AStA – ein teurer Spaß !?

Habt ihr euch schon einmal gefragt, was mit den 21 € passiert, die ihr jedes Semester als „Studierendenschaftsbeitrag“ an den AStA zahlt? Die Aufteilung ist klar geregelt: 15 % gehen an die Stugen, 5 % an die Stugenkonferenz und je 5 % an die beiden autonomen Referate. Die restlichen 70 % fließen in den Haushalt des AStA. Dort gibt es zwei besonders große Kostenpunkte: Zum einen die Angestellten des AStA und der BAföG- und Sozialberatung, zum anderen den AStA selbst.

Jedes Jahr werden aus Geldern der Studierendenschaft fast 110.000 € für die „Aufwandsentschädigungen“ des AStA-Vorstands und der Referent*innen ausgegeben. Das ist fast so viel wie das Gesamtbudget der Stugen. Die Höhe dieser Summe hat zwei Gründe: Der AStA besteht aktuell aus der höchstmöglichen Mitgliederanzahl von drei Vorstandsmitgliedern und neun Referent*innen, außerdem haben die AStA-Listen im letzten Jahr eine Kopplung der jeweiligen Vergütungen an den BAföG-Höchstsatz bzw. die Geringfügigkeitsgrenze beschlossen. Aktuell erhalten die drei Vorstandsmitglieder je 992 € und

die neun Referent*innen je 603 € brutto monatlich. Perspektivisch werden beide Sätze weiter steigen.

Jetzt könnte man denken: Schön, dass wir einen so gut bezahlten AStA haben, der kann jetzt richtig viel für die Studierenden machen. Doch merkt ihr davon etwas? In der Realität machen die wenigsten AStA-Mitglieder den Eindruck, dass ihre Arbeit die Höhe der Aufwandsentschädigungen rechtfertigt. Nur wenige Referent*innen kommen ihrem Soll nach und berichten regelmäßig im SR von ihrer Arbeit. Auch davon, dass der AStA viele Veranstaltungen oder Projekte anstößt, welche die Studierenden begeistern, kann kaum die Rede sein. Während unser AStA nur selten hochschul- und landespolitische Impulse setzt, braucht es teilweise sogar den deutlich schlechter bezahlten Hochschul-AStA um bei Themen wie Semesterbeitrag oder Missständen im BAföG-Amt aktiv zu werden.

Politisches Engagement soll adäquat entschädigt werden. Doch, ob die Bezahlung



der AStA-Mitglieder an der Uni im Verhältnis zur Qualität ihrer Arbeit steht, davon kann sich jede*r selbst ein Bild machen.

Aus unserer Sicht liegt dort aktuell ein nicht hinnehmbares Ungleichgewicht zuungunsten der Qualität der Arbeit vor!

Zu wenig des Guten: Ist das BAföG noch zu retten?

Bildung ist ein Menschenrecht. Das BAföG soll die höchsten Bildungsabschlüsse der Bundesrepublik für alle erreichbar machen. Doch die Realität ist von diesem Ideal weit entfernt. Das hat selbst die Bundesregierung erkannt und sich deshalb vorgenommen „das BAföG in einer großen Novelle [zu] modernisieren“. Nun hat die schwarz-rote Koalition sich auf die Finanzierung geeinigt. Ein Gesetzentwurf liegt aber noch nicht vor.

Im Koalitionsvertrag ist folgendes vorgesehen: Die Wohnkostenpauschale steigt um 60 € auf 440 €. Die Grundbedarfssätze (derzeit: 475 €) steigen in zwei Schritten ab dem Wintersemester 27/28 und 28/29 auf das Niveau der Grundsicherung (derzeit: 563 €). Die Freibeträge für das Einkommen der Eltern sollen dynamisiert werden, also mit einem Mechanismus an Entwicklungen wie z.B. die Inflation gekoppelt werden. Außerdem soll der gesamte Prozess einfacher, digitaler und schneller werden.

Es ist natürlich zu begrüßen, dass für diese Maßnahmen die Finanzierung jetzt möglich ist, aber die großen Reformen bleiben

aus. Selbst 440 € reichen häufig nicht einmal für ein WG-Zimmer. In Bremen kostet ein WG-Zimmer im Durchschnitt 484 €, im Bundesdurchschnitt sind es sogar 505 €. Auch bleibt die Frage, wieso Studierende anscheinend erst 2027 und 2028 zu Menschen befördert werden sollen, die das Existenzminimum verdienen. Das hätte der Bundespolitik auch schon vorher in den Sinn kommen können. Weitere große Probleme wie der Druck, der durch die Regelstudienzeit ausgelöst wird, werden gar nicht angegangen.

Von einem dringend benötigten Systemwechsel kann hier also nicht die Rede sein; denn ein Systemwechsel würde Mehrausgaben bedeuten, die in Zeiten von Kürzungen im sozialen Bereich nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Mut und politische Wille für große Reformen fehlt im Moment. In der Zwischenzeit können wir uns vorsichtig darüber freuen wahrscheinlich ein bisschen mehr Geld zu bekommen, um die gestiegenen Kosten zumindest teilweise ausgleichen zu können.

Doch das darf nicht das Ende sein! Wir

werden solange für eine echte BAföG-Reform eintreten, bis der dringend notwendigen Systemwechsel erfolgt ist.

Die bremische Hochschulpolitik: Von einem gebrochenen Versprechen zum nächsten

Entgegen des Versprechens der Landesregierung wurde der Semesterbeitrag erneut erhöht. Zum nächsten Wintersemester wird er 443,40 € betragen. Das ist ein Skandal und verschärft die ohnehin schon prekäre Lage von uns Studierenden weiter. Bereits jetzt kämpfen wir mit steigenden Mieten, hohen Mensapreisen und nun auch noch mit erneut steigenden Semesterbeiträgen.

Offenbar geht der Bremer Senat davon aus, dass BAföG-Beziehende im Semester einfach einen Monat lang weder essen noch wohnen oder sonst irgendwie existieren müssen. Auch für all jene unter uns, die arbeiten gehen müssen, um sich das Studium finanzieren zu können, sind 443,40 € viel Geld, das wir nicht mal eben so beiseite liegen haben. Ein so hoher Semesterbeitrag bedeutet Existenzängste, potenzielle Abbrüche sowie eine sich verschärfende Armut und damit auch eine weiter voranschreitende soziale Ungleich-

heit unter uns Studierenden.

Zwar verspricht die Regierungskoalition, den Semesterbeitrag im darauffolgenden Semester wieder zu senken, und betont, dass die Erhöhung nicht an fehlenden Geldern liege, sondern daran, dass das Wissenschaftsressort unter Leitung von Senatorin Henrike Müller die Umsetzung nicht rechtzeitig geschafft hat. Doch wie glaubwürdig ist dieses Versprechen, wenn uns bereits zuvor zugesichert wurde, dass es überhaupt nicht zu einer Erhöhung kommen wird?

Wir können festhalten: Bessere Studienbedingungen werden uns nicht geschenkt, sondern müssen von uns Studierenden erkämpft werden. Deswegen organisier' dich! Damit wir gemeinsam dafür kämpfen können, dass nicht nur diese Erhöhung zurückgenommen wird, sondern der Semesterbeitrag gänzlich keine finanzielle Hürde für niemanden mehr darstellt.

Die Gremienwahlen 2026 stehen an

Von 8. bis 12. Juni stehen die diesjährigen Gremienwahlen an. In der Woche könnt ihr die 25 Mitglieder des Studierendenrats (SR), die 4 studentischen Vertreter*innen

für den Akademischen Senat (AS) und die studentischen Vertreter*innen für euren Fachbereichsrat (FBR) wählen.

